

■ Berlin

Zumindest vor der Wahl waren alle für die Straßenbahn - außer BVG-Vorstand Thomas Necker

aus SIGNAL 05/2006 (Oktober/November 2006), Seite 13 (Artikel-Nr: 10002959)
BUND Berlin

Die »Zukunft der Straßenbahn in Pankow« war das Thema einer hervorragend besuchten Podiumsdiskussion mit Pankower Kandidaten für das Abgeordnetenhaus. Zu der Veranstaltung am 30. August im Rathaus Pankow hatten BUND Berlin und »ProTramBerlin« eingeladen. Anlass waren die Stilllegungsdiskussionen zum Pankower Straßennetz und natürlich die Berliner Wahl am 17. September.

Das Ergebnis der Diskussion war erfreulich und eindeutig: Die Pankower Kandidaten für das Abgeordnetenhaus sprachen sich gegen die Stilllegung von Pankower Straßenbahnstrecken aus und forderten stattdessen die Verlängerung der M 1 von Rosenthal ins Märkische Viertel.

Politik

Moderator Peter Neumann von der Berliner Zeitung hatte gut recherchiert und konfrontierte die Kandidaten gleich zum Anfang mit Aussagen ihrer jeweiligen Landespartei - nicht immer zu deren Vorteil. Da Torsten Hilse von der SPD und Gernot Klemm von der Linkspartei am Senat beteiligt sind, obliegt es insbesondere ihnen, das Thema gegenüber dem Finanzsenator Thilo Sarrazin zur Sprache zu bringen. Auch die Union hatte mit Jürgen Bornschein einen ihrer (leiderviel zu wenigen) Straßenbahnfreunde delegiert. Claudia Hämmerling konnte für die Grünen nachweisen, dass ihre Partei sich schon seit 1989 für den Erhalt und den Ausbau der Berliner Straßenbahn stark macht - aber nicht lange genug regiert habe. So blieb der »Schwarze Peter« an diesem Abend zumeist bei der FDP. Thomas Brand hatte angesichts der Straßenbahn-Abneigung seiner südwestlichen Parteifreunde den schwersten Stand.

Fakten

Torsten Hilse verwies darauf, dass sich die Bevölkerung in den betroffenen Ortsteilen seit der Wende verdoppelt hat. Eine junge Frau aus Niederschönhausen beschrieb detailliert den Einzugsbereich des dortigen Astes der M 1: drei Grundschulen mit zusammen 1500 Schülern, drei Oberschulen mit zusammen 5000 Schülern, drei Berufsschulen mit 1000 Schülern, zudem drei Altenheime, zwei Behindertenheime und drei Kitas. Zudem seien erst 2003 in der Dietzgenstraße »Flüstergleise« verlegt worden.

Der Schienenbonus

Eine Woche später bei einer Diskussion in der Friedenskirche in Niederschönhausen gab es vom BVG-Vorstandsmitglied Thomas Necker ganz andere Töne zu hören: Ob auf einer Strecke Busse fahren oder eine Straßenbahn sei ja letztendlich egal. Die Pankower Fahrgäste reagierten empört. Auch die Verkehrsstaatssekretärin Maria Krautzberger widersprach und erklärte Herrn Necker den Schienenbonus: Viele

Menschen wählten ihren Wohnstandort nach der Entfernung zur nächsten Schienenverbindung, nicht zur Bushaltestelle. Die Straßenbahn sei leistungsfähiger, sollte nicht im Stau stehen und es passten mehr Kinderwagen rein. Bei der Umstellung von Straßenbahn auf Bus gingen in de Regel mehr als die Hälfte der Fahrgäste verloren. Wie ein Versprechen klang die Aussage der Staatssekretärin: »Wenn der Senat das Abgeordnetenhaus hinter sich hat, bleibt die Straßenbahn zu 100 Prozent erhalten.« Hoffentlich hat diese Aussage auch am Ende der derzeit beginnenden Koalitionsverhandlungen noch Bestand.

Dieser Artikel mit allen Bildern online:

<http://signalarchiv.de/Meldungen/10002959>.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten